

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.80. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 90.

Dresden, Dienstag den 18. April 1916.

27. Jahrg.

Neue Erfolge bei Verdun.

1700 Franzosen gefangen. — Zusammenbruch eines russischen Angriffs bei Dünnaburg.

Die Kleinkinder-Fürsorge.

Die Notwendigkeit einer planmäßigen Säuglingsfürsorge wird heute allgemein anerkannt, von einigen wenigen Rassensanitalisten abgesehen, welche der „natürlichen“ Ausmerzung der „Schwächlinge“ zur Erzielung einer „gesunden Rasse“, eines „starken Geschlechts“ das Wort reden. Der Nachweis ist längst erbracht, daß keineswegs nur schwächliche Kinder im Säuglingsalter zugrunde gehen und daß durch eine gute Ernährung und Pflege auch der schwächliche Säugling zu einem gesunden, kräftigen Kinde entwickelt werden kann. Anfälle zu einer Säuglingsfürsorge sind auch bereits überall in Deutschland vorhanden, und die fortgesetzte Abnahme der Säuglingssterblichkeit zeigt, daß selbst das Wenige, das bisher getan worden ist, merkwürdige Erfolge zu verzeichnen hat. Die Kinderfürsorge ist auch die beste Bevölkerungspolitik. Eine hohe Geburtenfrequenz hat überall eine hohe Säuglingssterblichkeit zur Folge, während die Säuglingsfürsorge die Wirkung erzielt, daß sich der Geburtenüberschuß auch bei Abnahme der Geburtenzahl nicht wesentlich verringert, zum Teil sogar vergrößert. Nach Zurücklegung des Säuglingsalters ist aber keineswegs auch die besondere gesundheitliche Gefährdung des Kindes überwunden. Deshalb muß sich an die Säuglingsfürsorge die Kleinkinderfürsorge anschließen, wenn der beabsichtigte Zweck der Fürsorge erreicht werden soll.

Unter Kleinkindern werden die im Alter von über einem Jahr bis unter sechs Jahren stehenden Kinder verstanden, das heißt die Kinder nach Beendigung des Säuglingsalters bis zum Beginn des schulpflichtigen Alters. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 gab es in Deutschland 7.763.620 Kinder dieses Alters, das sind 12,17 Proz. der Gesamtbevölkerung, gegenüber 12,66 Proz. im Jahre 1900. Es ist also im letzten Beobachtungsjahr ein Rückgang des Kleinkinderanteils an der Gesamtbevölkerung eingetreten, während das vorhergehende (von 1890 bis 1900) fast durchweg eine Zunahme sowohl des Säuglings- als auch des Kleinkinderanteils zeigt. Ganz besonders groß ist die Abnahme des Kleinkinderanteils an der Gesamtbevölkerung, wie wir der „Statistik des Kleinkinderalters“ von Dr. Hans Wuradje (Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1916) entnehmen, im Königreich Sachsen. In den 15 Jahren von 1895 bis 1910 hat hier der Anteil der Kleinkinder an der Gesamtbevölkerung von 12,50 Proz. auf 10,97 Proz., d. i. um 12,24 Proz., abgenommen, während in der Zeit von 1890 bis 1910 der Rückgang des Kleinkinderanteils an der Gesamtbevölkerung in Deutschland sich auf 4,63 Proz. belief.

Der relative Rückgang der Kleinkinderzahl erklärt sich zwar im wesentlichen aus der Abnahme der Geburtenzahl. Denn auch die Sterblichkeit der Kleinkinder hat stark abgenommen, in Berlin in der Zeit von 1901 bis 1912 um 12,5 bis 44 Proz., je nach der Altersklasse. Aber auch die Säuglingssterblichkeit ist um rund 30 Proz. zurückgegangen, was zur Vermehrung der Kleinkinder beiträgt. Die Abnahme des Anteils der Kleinkinder an der Gesamtbevölkerung der Bevölkerung findet deshalb auch darin ihre Erklärung, daß die Sterblichkeit der Kleinkinder nicht in dem Maße zurückgegangen ist als wie die allgemeine Sterblichkeit. In Berlin entfällt immer noch 1/4 bis 1/2 aller Sterbefälle auf die ersten sechs Lebensjahre. Und die Sterblichkeit der Kleinkinder ist, wie die der Säuglinge, eine soziale Erscheinung, der durch soziale Maßnahmen entgegenzuwirken werden kann. In Bremen starben im Alter von ein bis fünf Jahren von je 10.000 Lebenden im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1910:

	männlich	weiblich	übergaupt
bei den Wohlhabenden . . .	31	25	28
beim Mittelstand . . .	66	121	92
bei den Kinderbemittelten . . .	277	246	262
übergaupt . . .	162	100	156

Verglichen mit den Wohlhabenden starben also die Kleinkinder der Kinderbemittelten, d. h. der Arbeiter, etwa 9- bis 10mal so stark, gegenüber dem Mittelstand 2- bis 3mal häufiger. Als Erkrankungs- und Todesfälle des Kleinkinderalters kommen vor allem Masern, Keuchhusten und Erkrankung der Atmungsorgane in Betracht. In Wien entfiel in dem Zeitraum von 1891 bis 1900, nach den Untersuchungen von Rosenfeld, die höchste Zahl der angezeigten Masernerkrankungsfälle zwar auf einen wohlhabenden Bezirk, die meisten Todesfälle an Masern aber sind in den armen Bezirken zu verzeichnen, ein Beweis, daß die Ursache der Sterblichkeit auf den Mangel an Pflege und rechtzeitige Hilfe zurückzuführen ist.

Die Zahl der Kleinkinder, die alljährlich den Kinderkrankheiten erliegen, ist recht groß. Im Jahre 1913 starben in Deutschen Reich 79.769 Kinder im Alter von 1 bis 5 Jahren, während die Zahl der Gestorbenen im Alter von 5 bis 15 Jahren nur 36.219 betrug. Viel häufiger noch als dieser große Menschenverlust sind aber die zahlreichen körperlichen und geistigen Schädigungen, denen die Kleinkinder in Folge mangelhafter Ernährung, Pflege, Erziehung und vor

(R. L. V.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. April 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Unsere Artillerie nahm die englischen Stellungen in Gegend von St. Oloi ausgiebig unter Feuer. Ein schwächlicher Handgranatenangriff gegen einen von uns besetzten Sprengtrichter wurde nachts leicht abgewiesen.

Weiterwärts des Kanals von La Bassée und nordöstlich von Loos entspannen sich zeitweise lebhaftere Handgranatenkämpfe. In der Gegend von R.ווille und Deuvraignes sprengten wir mit Erfolg mehrere Minen.

Im Kampfgebiete beiderseits der Maas spielten sich sehr heftige Artilleriekämpfe ab. Rechts des Flusses entziffen niederländische Truppen den Franzosen im Sturm die Stellungen am Steinbrücke 700 Meter südlich des Geschützbandmont und auf dem Höhenrücken nordwestlich des Geschützbandmont. 42 Offiziere, darunter 3 Stabsoffiziere, 1646 Mann sind an unverwundeten Gefangenen, 50 Mann verwundet in unsere Hand gefallen. Ihre Namen werden ebenso in der Gazette des Ardennes veröffentlicht werden wie die Namen aller in diesem Kriege gefangenen Franzosen, auch

Englische Maßnahmen gegen die neutrale Schifffahrt.

London, 18. April. Meuter. Das Auswärtige Amt teilt mit: Um Risikovermeidungen vorzubeugen, wünscht die königliche Regierung, alle neutralen Schiffbezeuger zu warnen und darauf hinzuwirken, daß alle solche deutschen Ursprungs, sei sie Labung oder Bunkerstoffe, die sich auf neutralen Schiffen befindet, der Wegnahme

der bisher in den Kämpfen im Maasgebiete seit dem 21. Februar gefangenen 711 Offiziere, 38.155 Mann. Die Veranlassung zu dieser Bemerkung ist ein halbamtlicher französischer Versuch, unsere Angaben in Zweifel zu ziehen.

Angriffsversuche des Feindes am und im Caillottevalde wurden bereits in der Vereinstellung oder in den ersten Anfängen durch Feuer vereitelt.

Gegen unsere Stellungen in der Voivre-Ebene sowie auf den Höhen südöstlich von Verdun bis in die Gegend von St. Niziel war die französische Artillerie außerordentlich tätig.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Im Brückenkopf von Dünnaburg brachen heute früh vor unseren Stellungen südlich von Garbnowitz auf schmalen Front angelegte russische Angriffe mit großen Verlusten für den Feind zusammen.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse. Oberste Heeresleitung.

und Zurückhaltung ebenso unterliegt wie andere Waren, die unter die königliche Verordnung vom 11. März 1915 fallen. Die Eigentümer neutraler Schiffe werden daher in Zukunft gut tun, sich zu vergewissern, daß die von ihnen bezogene Bunkerstoffe nicht deutschen Ursprungs ist, und sich von den königlichen Konsularvertretungen Bescheinigungen darüber zu verschaffen, daß die von den Schiffen mitgeführte Bunkerstoffe mit ihrer Erlaubnis im Hafen eingenommen worden ist.

allen auch durch die Kinderkrankheiten ausgefacht sind. Viele Nervenerkrankungen, vor allem Epilepsie, geistige Minderwertigkeit, Schwachsinn, Idiotie sind nicht selten die Folgen von Unfällen oder Krankheiten im Kleinkinderalter. Fast steht aber auch, daß die meisten dieser Störungen im Gehirn befestigt oder stark gemindert werden können, wenn sie vor dem 7. Lebensjahre entdeckt und die Kinder einer entsprechenden Behandlung unterworfen werden. Der körperliche und geistige Grundstock des Menschen wird in den ersten sechs Lebensjahren gelegt. Die gesundheitliche Fürsorge für die Kleinkinder ist deshalb vielleicht von größerer Bedeutung als wie die Schulgesundheitspflege.

Bisher ist die Fürsorge für die Kleinkinder völlig vernachlässigt worden. Nun erst beginnt man ihr mehr Aufmerksamkeit zu widmen, nachdem der Berliner Arzt Dr. Gustav Zugenreich seit Jahren auf ihre Notwendigkeit hingewiesen hat. Zugendreich hat nach vor Ausbruch des Krieges ein „Handbuch für Kleinkinderfürsorge“ geschrieben, dessen Vervollständigung sich infolge seiner Einberufung verzögert. Das erste was geschehen muß, ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Familienangehörigen. Mindestens muß den Kleinkindern unter allen Umständen freie ärztliche Hilfe und die unentgeltliche Ueberlassung aller vom Arzt für notwendig erachteten Medikamente, Bandagen, Nährmittel usw. gewährt werden. Eine allgemeine gesundheitliche Ueberwachung der Kleinkinder läßt sich ebenso gut durchführen, wie die „schularztliche“ Ueberwachung ermöglicht werden konnte, was vor nicht langer Zeit noch als undurchführbar zurückgewiesen und sogar verlost worden ist. Mit dieser gesundheitlichen Ueberwachung der Kleinkinder ließe sich sehr viel erreichen, da die überwachenden Ärzte dann auf die ergänzenden Fürsorgeeinrichtungen drängen werden, wie dies bei der Schularztpflege der Fall war und noch ist.

Der Krieg hat die Notwendigkeit der Kleinkinderfürsorge noch verstärkt. Hunderttausende von Müttern sind während des Krieges berufstätig geworden, und ganz bestimmt wird nach dem Kriege die Frauarbeit eine große Ausbreitung erfahren. Daraus erwächst die Aufgabe, überall große öffentliche Kinderhorten und Kindergärten zu errichten, andererseits eine Verwahrlosung der Kinder zu erwarten steht. Mit solchen Mitteln nur — zu dem sich natürlich noch viele andere gesellen müssen — läßt sich auch der angeblich während der Kriegszeit zutage getretenen Verwahrlosung der Kinder entgegenwirken. Sie alle liegen freitlich auf dem Wege, der zur Uebernahme der Pflege und Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft, also zum Sozialismus, führt. Aber das ist der Gang der Entwicklung, der in der Kriegszeit immer deutlicher sichtbar geworden ist!

Der Bundesrat und die Steuerbeschlüsse des Reichstags.

In der Presse wird gemeldet:

Die Bundesregierungen werden während der Osterzeit Gelegenheit haben, zu den Steuerbeschlüssen der Reichstagsausschüsse

Stellung zu nehmen. Wie wir aus Bundesratskreisen hören, hat dort der Wehrbeitrag, der vom Kriegsteuerausschuß in erster Lesung mit knapper Mehrheit beschlossen worden ist, nach wie vor wenig Aussicht auf Annahme. Im Bundesrat hofft man auch, daß der Beschluß, wonach das Wehrvermögen während der Kriegszeit auch dann zur Kriegsteuer herangezogen werden soll, wenn ein Vermögenszuwachs nicht festzustellen ist, wieder fallen gelassen wird, da es nicht angängig sei, nachträglich jemand zu einer Steuer heranzuziehen von Einnahmen, die er zu notwendigen oder nicht notwendigen Zwecken bereits ausgegeben habe. Die Beschlüsse zum Frachtfuhrersteuer werden für undurchführbar gehalten, wenn nicht, entsprechend dem Verlangen des preussischen Eisenbahnministeriums, der Stempel prozentual gesteuert wird. Die Kriegsteuer begegnet im Bundesrat keinem größeren Widerstand, weil neben ihr die staatlichen Gewerbesteuern weiter erhoben werden können.

Man wird abwarten müssen, ob diese Nachrichten sich bestätigen. Es wäre jedenfalls ein Skandal, wenn der Bundesrat sich in der Weise verhielte, wie das hier angekündigt wird. Die Umsatzsteuer, die der Bundesrat angeblich annehmen will, ist eine Witzgeburt von einer Steuer, wie man sie sich kaum ärgern denken kann. Der bekannte Nationalökonom Calmer meint, daß alles Einkommen infolge der nach Einführung der Umsatzsteuer zu erwartenden Preiserhöhungen mit zwei Prozent belastet wird. Ein Proletarier mit 1000 M. Einkommen, der kaum so viel hat, daß er seinen und seiner Familie argesten Hunger stillen kann, müßte also von dieser famosen Steuer etwa 20 M. tragen, eine ungeheure Belastung in einer Zeit, die für die Armen so wie so hart ist. In auffälliger Gegenlage zu der Rücksichtslosigkeit, mit der hier eine arge Steuerbelastung der Massen zugelassen würde, stünde die Milde, die man dort walten ließe, wo es sich darum handelt, in den Geldbeutel der Besitzenden einen festen Eingriff zu tun. Sollte der Bundesrat wirklich mit den Leuten, die während des Krieges feste verdienen, die aber in einer Zeit, wo viele ihrer Volksgenossen die ärgste Not litten, in Saus und Braus lebten und deshalb von ihren Kriegsgewinnen nichts übrig behielten, so viel Mitleid haben, daß er sie durchaus vor einer tüchtigen Besteuerung ihrer Kriegsgewinne schützen will? Und sollte er wirklich nicht zu der Erkenntnis sich aufschwingen können, daß Leuten, die trotz dem Kriege noch über ein erhebliches Einkommen oder Vermögen verfügen, sehr gut zugemutet werden kann, in Gestalt des Wehrbeitrags ein Schürlein dem Vaterlande zu opfern?

Die Herren von den verbündeten Regierungen können sicher sein, daß es die Massen des deutschen Volks mit der größten Empörung erfüllen würde, wenn sie eine so empfindliche Belastung der Armsten und Äderärmsten, wie sie die Umsatzsteuer wäre, ruhig hinnähmen, einer energischen Besteuerung der Wohlhabenden aber Widerstand leisteten. Die Sache der Reichstagsmehrheit wird es sein, unter allen Umständen fest zu bleiben und sich nicht von den Beschlüssen der Kommission über die Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer abbringen zu lassen. Die hier in Frage kommenden Bestimmungen sind in das Kriegsgewinnsteuergesetz eingearbeitet. Wir möchten einmal sehen, ob der Bundesrat es wagen wird, die ganze Kriegsgewinnsteuervorlage abzulehnen, weil die Besitzenden dabei zu hart angefaßt werden.